

Antrag GS-5**AfA Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Nichtärztliche Gesundheitsberufe aufwerten**

1 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) im
2 SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der SPD-
3 Bezirksvorstand sich auf Landes- und Bundesebene
4 – insbesondere gegenüber den SPD-Landtags-
5 und Bundestagsfraktionen – dafür einsetzt, dass
6 nichtärztliche Gesundheitsberufe politisch und
7 gesellschaftlich aufzuwerten. Ziel ist es, durch
8 konkrete Maßnahmen wie faire Bezahlung, tarif-
9 liche Absicherung, bessere Arbeitsbedingungen,
10 Mitbestimmung und Schutzrechte die Attraktivität
11 und Zukunftsfähigkeit dieser systemrelevanten
12 Berufsgruppen zu sichern und ihre gesellschaftliche
13 Anerkennung nachhaltig zu stärken.

14 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im SPD-Bezirk
15 Hannover fordert die SPD-Bundestagsfraktion so-
16 wie die SPD in Bund und Land dazu auf, sich bei der
17 Umsetzung des Koalitionsvertrags und darüber hin-
18 aus für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeits-
19 bedingungen, der Entlohnung und der gesellschaft-
20 lichen Anerkennung nichtärztlicher Gesundheitsbe-
21 rufe einzusetzen. Die Forderungen des Verbandes
22 medizinischer Fachberufe e.V. (vmf) vom 20.06.2025
23 sind hierbei inhaltlich zu berücksichtigen. Konkret
24 fordern wir:

25 1. Arbeits- und Lebensrealitäten ernst nehmen:
26 Der Alltag von Medizinischen, Zahnmedizinischen,
27 Tiermedizinischen Fachangestellten und Zahntechni-
28 kerkern: innen ist geprägt von Mehrfachbelastung
29 – durch Beruf, Familie und Sorgearbeit. Politi-
30 sche Maßnahmen zur Fachkräftesicherung müssen
31 an der realen Lebenssituation dieser überwiegend
32 weiblich besetzten Berufe ansetzen – durch verläss-
33 liche

34 Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, planbare
35 Dienste und bezahlbaren Wohnraum in Praxisnähe.

36 2. Tarifbindung und faire Löhne garantieren: Die Ent-
37 lohnung vieler Fachkräfte im ambulanten Gesund-
38 heitswesen liegt nur knapp über dem Mindestlohn,
39 trotz anspruchsvoller Ausbildung und hoher Verant-
40 wortung. Wir fordern:

- 41 o flächendeckende, verbindliche Tarifverträge,
- 42 o eine spürbare Abgrenzung vom gesetzlichen Min-
43 destlohn,
- 44 o Branchenmindestlöhne mit staatlicher Gegenfi-

45 nanzierung analog zum Pflegebereich.
46 3. Berufliche Mitsprache stärken: Berufsgruppen wie
47 MFA, ZFA, TFA und Zahntechniker: innen müssen
48 strukturell in politische Entscheidungsprozesse ein-
49 bezogen werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass
50 ihre Berufsvertretungen Sitz und Stimme in Kom-
51 missionen, Modellprojekten und Anhörungen erhal-
52 ten.
53 4. Rechts- und Gewaltschutz ausweiten: Beschäf-
54 tigte in diesen Berufen erleben zunehmend Gewalt
55 und Übergriffe. Der strafrechtliche Schutz ist auszu-
56 weiten, systematische Prävention zu fördern und Ar-
57 beitgeber: innen in der Schutzverantwortung klarer
58 in die Pflicht zu nehmen.
59 5. Ehrenamtliche Arbeit besser anerkennen: Ehren-
60 amtliche leisten einen wichtigen Beitrag zur Berufs-
61 bildung, Prüfungsorganisation und zur Arbeit in Be-
62 rufsverbänden. Die Anhebung der Ehrenamts-pau-
63 schale war ein erster Schritt – darüber hinaus soll
64 geprüft werden, wie langjähriges Engagement ren-
65 tenrechtlich besser anerkannt werden kann.

66

67 **Begründung**

68 Nichtärztliche Gesundheitsfachberufe wie Medi-
69 zinische, Zahnmedizinische und Tiermedizinische
70 Fachangestellte sowie Zahntechniker: innen sind
71 systemrelevant – in Arzt- und Zahnarztpraxen, La-
72 boren, Kliniken und tierärztlichen Einrichtungen.
73 Trotzdem werden sie politisch und gesellschaftlich
74 oft nicht ausreichend wahrgenommen. Sie arbei-
75 ten unter schwierigen Bedingungen: geringe Löhne,
76 fehlende Tarifbindung, Personalmangel, psychische
77 und physische Belastung, zunehmende Gewalt im
78 Berufsalltag.
79 Der Verband medizinischer Fachberufe e.V. (vmf)
80 hebt in seiner Stellungnahme vom 20.06.2025 her-
81 vor, dass der aktuelle Koalitionsvertrag zwar „zahl-
82 reiche Vorhaben“ enthalte, diese aber in der
83 Umsetzung „hinter den Erwartungen zurückblei-
84 ben“. Der vmf stellt klar: „Fachkräftesicherung ge-
85 lingt nur, wenn die Politik Maßnahmen umsetzt,
86 die Lebenswirklichkeit der Beschäftigten ernst neh-
87 men.“
88 Die Löhne vieler Fachkräfte liegen noch immer na-
89 he am Mindestlohn, obwohl sie nach einer dreijäh-
90 rigen Ausbildung täglich große Verantwortung tra-
91 gen. „Eine Vergütung knapp über Mindestlohn ist
92 dieser Qualifikation nicht angemessen und würde
93 weiterhin trotz Vollzeitarbeit zu Altersarmut füh-

94 ren.“ (vmf)
95 Zudem bleibt politische Teilhabe oft auf ärztliche
96 und pflegerische Akteure beschränkt. Der vmf for-
97 dert zurecht: „Die Einbindung der Berufsvertretung
98 der MFA, TFA, ZFA und Zahntechniker: innen in poli-
99 tische Entscheidungsprozesse [...] bleibt zentral.“
100 Ein weiteres Problem ist die zunehmende Ge-
101 walt gegenüber Angestellten im Gesundheitswe-
102 sen. „Gewalt gegen MFA, TFA, ZFA und alle anderen
103 Gesundheitsberufe ist real und fordert systemati-
104 sche Prävention und strafrechtlichen Schutz.“ (vmf)
105 Auch das Ehrenamt verdient stärkere politische An-
106 erkennung. Der vmf schlägt vor: „Ein zweiter gu-
107 ter Schritt wäre, über ein jahrzehntelanges nach-
108 weislich ehrenamtliches Engagement einen Renten-
109 punkt zu vergeben.“
110 Diese Forderungen stimmen mit den arbeits- und
111 sozialpolitischen Zielen der AfA überein. Sie zeigen:
112 Gute Arbeit in den Gesundheitsberufen braucht
113 konkrete politische Maßnahmen. Die SPD muss jetzt
114 handeln – für soziale Gerechtigkeit, sichere Gesund-
115 heitsversorgung und die Anerkennung dieser zen-
116 tralen Berufsgruppen.